

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Kriegsblatt Nr. 1
Gemeinl. Nr. 22
Postfach Nr. 22

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Kreisgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Kreisgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen bestellungsweis bestimmte Blatt.

Verlagsamt
Dresden 1200
Verleger:
Riesa Nr. 22

Nr. 18.

Sonnabend, 16. Januar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Preiserhöhungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 22 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 20%, Aufschlag. Jedes Karat, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Nichteingehen auf den Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abdrücke unterhaltenungsbelegte „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 58. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Weltschulden.

Die heimliche Tagesordnung von Lausanne.

Wahrscheinlich, daß es auf der Konferenz von Lausanne wieder einmal heißt: „Vom Thema darf nicht gesprochen werden.“ Das eigentliche Thema der Weltpolitik bleibt gegenwärtig trotzdem die politische Gesamtverschuldung der Welt, von der die deutschen Reparationen nur die eine Hälfte darstellen. Es ist bis jetzt nicht gelungen, diese Hälfte von der anderen, nämlich den Schulden der ehemaligen Alliierten untereinander und namentlich an Amerika abzutrennen; sie hängen aneinander wie die flammenden Zwillinge. Eine interessante statistische Arbeit des „Instituts für Konjunkturforschung“ hat jetzt von jedem der beiden Zwillinge das Maß genommen und die beiden großen Zahlungskomplexe in ihren Größenverhältnissen einander gegenübergestellt. Die interalliierten Kriegsschulden und die damit in Zusammenhang stehenden politischen Verpflichtungen einer Reihe kleinerer Länder machen einen Bruttobetrag aus, dessen gegenwärtiger Kapitalwert mit 54,8 Milliarden Mark angenommen ist. Hieron sind jedoch 17 Milliarden Mark alter Zarenschulden abzutreiben, deren Rückzahlung durch die Sowjets zum mindesten sehr zweifelhaft ist. Von dem Rest entfallen rund 33 Milliarden Reichsmark auf die Schulden der deutschen Reparationsgläubiger. Rechnet man von diesen die einander entgegengesetzten Schulden und Forderungen auf, so bleibt ein Nettobetrag von 20,8 Milliarden Reichsmark übrig, den Deutschland Reparationsgläubiger an die Vereinigten Staaten von Amerika schuldet. Diese 20,8 Milliarden sind es, um deren Streichung oder Nichtzahlung zur Zeit ein erbitterter Kampf zwischen Deutschlands Reparationsgläubigern und Amerika tobt. Solange sie nicht erlassen werden, wollen auch uns die anderen nicht die Reparationen erdgütlich erlassen. Die deutschen Reparationsverpflichtungen stellen, wenn man Deutschlands jährliche Zahlungsvorgaben auf Grund des Youngplans in gegenwärtiges Kapital umrechnet (unter Zugrundelegung eines Zinssfußes von 5 Prozent) einen beträchtlich höheren Betrag dar, nämlich etwa 30 Milliarden Reichsmark.

Welche Bedeutung die Schuldensahlungen der Alliierten an Amerika haben, erhebt man daraus, daß bis 1930 diese Zahlungen immerhin 5 Prozent der gesamten Bundessteuern der Vereinigten Staaten ausmachten. Seitdem ist ihr Anteil sogar auf 6,7 Prozent gestiegen, zum Teil schon deshalb, weil gemäß dem Tilgungsplan die Rate wuchs, zum Teil deshalb, weil die übrigen amerikanischen Bundessteuern zurückgingen. Man begreift, daß kein Finanzminister und kein Steuerzahler der Welt leichtem Herzens auf 6,7 Prozent oder rund 1/10 der jährlichen Einnahmen verzichten wird. Daher Amerikas hartnäckiger Widerstand gegen die Schuldentilgung. Der größte Schuldner Amerikas ist übrigens nicht einmal Frankreich, sondern Großbritannien. Dieses schuldet einen Kapitalbetrag von 14,48 Milliarden RM., Frankreich dagegen nur 8,77 Milliarden Reichsmark. An dritter Stelle steht Italien mit 2,28 Milliarden; die Schulden der übrigen Länder wie Belgien, Rumänien usw. sind verhältnismäßig unbedeutend. Die scheinbar große Verschuldung Britanniens vermindert sich freilich dadurch, daß es seinerseits wiederum in starkem Maße Gläubiger ist, und zwar hat es von Frankreich 3,81 Milliarden RM., von Italien 1,26 Milliarden zu verlangen. An diesen Ansprüchen hat übrigens Großbritannien durch den Youngplan eine starke Einbuße erlitten; bis zur Youngplanzeit waren seine Forderungen, die auf Pfund lauten, rund 80 Prozent höher. Dagegen muß es an Amerika seine Dollarschulden zum vollen Werte zahlen. Rechnet man die verschiedenen interalliierten Schulden und Forderungen gegeneinander auf, dann stehen freilich die französischen Nettoverschuldungen weit an der Spitze mit 12,21 Milliarden RM., dann kommen England (9,29) u. Italien (3,89). Wir sehen oben, daß die alliierten Schuldensahlungen 6,78 Prozent der ordentlichen amerikanischen Bundessteuern ausmachten. Noch größer erscheint ihre Bedeutung für den amerikanischen Staatshaushalt, wenn man sie ins Verhältnis zu dem Schuldentilgungs- und Zinsendienst stellt, den Amerika seinerseits leisten muß. Im Haushaltsjahr vom 1. Juli 1930 bis zum 1. Juli 1931 hat der amerikanische Staat 1051,1 Millionen Dollar für seinen Schuldendienst ausgegeben, während er von den Alliierten 22,8 Millionen Dollar empfing. Die alliierten Schuldner zahlten also 21,24 Prozent oder mehr als ein Fünftel des amerikanischen Schuldendienstes. Rückwärts: kein Finanzminister und kein Steuerzahler der Welt wird leichtem Herzens eine solche Einnahme opfern.

Dies um so weniger, als die Amerikaner ganz zweifellos den Alliierten bereits mehr als die Hälfte ihrer Schulden erlassen haben, nämlich rund 52 Prozent. Den größten Schnitt hat dabei aber Italien mit 90 Prozent gemacht; auch Frankreich ist mit 80 Prozent fast noch glänzend weggekommen, dagegen konnte Großbritannien nur einen Nachlaß von 30 Prozent erzielen, während es selbst seinen eigenen Schuldnern wiederum rund 75 Prozent erlassen hat. Aus dieser offensiblen Benachteiligung Großbritanniens bei der interalliierten Schuldeneinrichtung erklärt es sich u. a., daß gerade die Engländer am stärksten auf Streichung der gesamten Kriegsschulden einschließlich der Reparationen drängen.

Run ist es ganz klar, daß es zu diesem biden Strich durch die politische Schuld der ganzen Welt auf der Lausanner Konferenz noch nicht kommen wird. Dazu ist vorläufig den Amerikanern ihr Geld zu lieb und das Schicksal der übrigen Welt nicht wichtig genug. Es kommt jedoch

Die Front für Schuldentilgung wächst.

London. Der Washingtoner Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die Artikel Mussolinis hätten in amtlichen Kreisen nicht überrascht. Präsident Hoover habe immer wieder betont, daß der erste Schritt nicht von Washington, sondern von Europa ausgehen müsse. Nach seiner Ansicht sei es am besten, zu warten, bis sich die europäischen Mächte über die Tribute geeinigt hätten. Ein solches Vorgehen würde seine Stellung für den Fall härten, daß späterhin die europäischen Mächte mit genauen Vorschlägen für eine Revision oder Streichung der Kriegsschulden an Amerika herantreten sollten. Hoover werde dadurch, daß er keinerlei Verantwortung für die Entscheidung in Europa habe, in die Lage versetzt, noch einmal an den Kongress heranzutreten und ihn darauf aufmerksam zu machen, daß sich das amerikanische Parlament den Vereinigungen in Europa nicht verstellen dürfe. Die öffentliche Meinung in Amerika, auf die Mussolini Bezug nehme, verlange einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise und werde jeden Schritt gutheißen, der von den erwähnten Führern empfohlen werde. Die Amerikaner beurteilten zwar die Schuldfrage von einem anderen Gesichtspunkte aus als die Europäer, sie würden aber schließlich doch im Interesse des Landes eine Streichung der Kriegsschulden gutheißen. Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ stellt schließlich fest, daß sich deutlich die Meinung bemerkbar mache, die amerikanische Haltung noch einmal zu überprüfen.

Der „Daily Express“ meldet aus New York, daß ein amerikanischer Frontwechsel in der Kriegsschuldfrage als sicher betrachtet werde. Die Kongressmehrheit, die den Ideen Hoovers noch vor einem Monat lebhaft gegenüberstanden habe, werde ihre Stellungnahme erneut nachprüfen. Selbst die härtesten Gegner einer Streichung oder Herabsetzung der Schulden hätten jetzt nach der deutschen Erklärung, daß weitere Tributzahlungen unmöglich seien,

erkannt, daß eine Lösung gefunden werden müsse. In Washington spreche man bereits ganz offen die Ansicht aus, daß den Vereinigten Staaten nichts anderes übrigbleibe, als entweder die Kriegsschulden freiwillig herabzusetzen oder überhaupt nichts zu erhalten.

Eine „Exchange“-Melbung aus Washington besagt, daß die Mussolini-Artikel in hohen Kreisen nur wenig Sympathie gefunden hätten. Die Kongressführer seien noch immer gegen eine Schuldentilgung und meinten, Europa solle zahlen oder seine Zahlungsunfähigkeit erklären. In amtlichen Kreisen fühle man jedoch, daß eine Regelung der Tribut- und der Kriegsschuldenfrage dem Geschäftleben helfen würde.

Frankreichs Schulden sind überzählig.

Rom. Der zweite Artikel des „Popolo d'Italia“, der den Weg zur Streichung der Tribute und Kriegsschulden zeigt, findet in der ganzen Öffentlichkeit Italiens starken Widerstand. Man ist von der Aufnahme des ersten Artikels in Amerika befriedigt und betont, daß Italien sich auf der gleichen Linie mit England befinde. Im halbamtlichen „Giornale d'Italia“ sagt Ganda, daß die heutige Auffassung des „Popolo d'Italia“ den ersten wirklich aufsehenerregenden pan-europäischen Versuch darstelle. Mussolini arbeite auf die Vereinigung Europas hin. Ganda sei reiches Zahlenmaterial, weist Ganda nach, daß Frankreich schon 13 Milliarden erhalten habe, während nach Angaben des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten der Wiederaufbau nur 18,5 Milliarden Mark gekostet hätte. Frankreich müsse sich also zufriedengeben. Die europäische Front, die Mussolini wolle, zielt auf die Verständigung zwischen beiden Ufern des Atlantik ab.

Englands Pläne für die Lausanner Konferenz.

Keine vorherige Verständigung nur mit Frankreich.

London. Aus durchaus zuverlässiger Quelle verlautet, daß England den Plan eines Sonderabkommens oder einer Sonderverhandlung mit Frankreich vor dem Zusammentritt der Lausanner Konferenz endgültig aufgegeben hat. Es wird betont, daß die Verhandlungen zwischen den englischen und französischen Finanzfachverständigen in Paris Anfang keine Verbindungen eingegangen ist und auch in Zukunft keine Sonderabmachungen eingehen werde. Die englische Politik lege vielmehr Gewicht auf eine allgemeine Verständigung zwischen den europäischen hauptsächlichsten Gläubigermächten und dem Schuldnerstaat Deutschland über die großen Linien der in Lausanne einzuschlagenden Politik.

Die englischen Bestrebungen gehen dahin, auf der Lausanner Konferenz eine Verlängerung des Tributmoratoriums um etwa fünf bis sechs Monate zu bewirken, und es wird Wert darauf gelegt, daß die Mächte sich schon in Lausanne darauf festlegen, die Erörterung eines Planes zur endgültigen Regelung des Schuldensystems in Angriff zu nehmen. Wahrscheinlich wird die englische Regierung von sich aus die bezügliche allgemeine Richtlinien bekanntgeben, die als Ausgangspunkt der Verhandlungen dienen

sollten. Nach kurzer Sitzung soll dann die Konferenz — dem englischen Wunsch nach — bis zu einem Zeitpunkt vertagt werden, der so frühzeitig liegt, daß Amerika rechtzeitig in die Lage versetzt werden kann, die europäische Lage noch einmal vor dem 15. Dezember nachzuprüfen, an dem die nächsten interalliierten Schuldensahlungen an Washington fällig werden.

Über Einzelheiten, worunter zum Beispiel besonders Zusagen an Deutschland oder Pläne über die Art des Aussetzens an Amerika fallen, sind noch keine Beschlüsse gefaßt worden. Man verkennt englischerseits nicht, daß möglicherweise mit einem Widerstand Frankreichs zu rechnen ist, insbesondere gegen etwaige Verpflichtungen einer endgültigen Lösung.

Deutscherseits würde man bei einer etwaigen Annahme des englischen Planes Wert darauf zu legen haben, ganz bestimmte Garantien zu erhalten, daß die Verhandlungen über eine endgültige Lösung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt noch in diesem Jahre aufgenommen werden, daß die Auswirkungen der Krise auf Deutschland während der Verhandlung und die vom deutschen Kaiser gemachten Erklärungen nicht außer acht gelassen werden.

auch nicht so sehr darauf an, daß bereits heute oder morgen durch feierlichen Staatsakt erklärt wird: „Unser Schuldbuch sei vernichtet, ausgeführt die ganze Welt!“ Die Hauptsache ist, daß tatsächlich die Schulden- und Reparationszahlungen nicht wieder aufgenommen werden. Denn die Welt ist ohnehin bereits überzeugt, daß sie gar nicht mehr aufnehmen werden können, und in dieser Überzeugung ist sie kaum noch zu erschüttern, es sei denn durch die eifrigste Lausache des Gegenteils. Daß es zu dieser Lausache nicht komme, ist bereits das gemeinsame Bestreben von Deutschland, England, Italien und, vorläufig abgesehen, auch Frankreich. Amerika ist in Lausanne nicht dabei, will nicht dabei sein und lehnt die Verantwortung für die dort gefaßten Beschlüsse ab. Aber wird es auch die Beschlüsse selbst auf die Dauer ablehnen können? Das wird man sehen, wenn sie erst einmal gefaßt sind. Darum geht es.

Eine Rundgebung

an die internationale Abkräftungskonferenz.

Berlin. Zur Vorbereitung der Abkräftungskonferenz hat sich in Deutschland ein Ehrenauschuss für die deutsche Rundgebung zur Abkräftungskonferenz gebildet. Diesem Ausschuss gehören Persönlichkeiten aller Parteien an. Er erläßt folgenden Aufruf, zu dessen Unterzeichnung er alle deutschen Männer und Frauen auffordert:

Die unterzeichneten Männer und Frauen Deutschlands fordern von der internationalen Abkräftungskonferenz, daß sie sofort und ohne Zögern den Verpflichtungen nachkomme, die hinsichtlich der Verminderungen der nationalen Rüstungen eingegangen worden sind. Damit würden gleichzeitige

die Erwartungen und Hoffnungen der Welt auf eine friedliche Entwicklung der Erfüllung näher gebracht werden.

Die ehemaligen Alliierten haben im Vertrag von Versailles ihr Wort verpfändet, daß die Abrüstung bestimmter Nationen nur die Einleitung einer allgemeinen Entmännung sein sollte. Die Schaffung des Völkerbundes sichert die allgemeine Abrüstung an. Die Nationen sind in feierlicher Form übereingekommen, daß drohende Konflikte des Völkerlebens nicht durch Krieg entschieden, sondern auf friedlichem Wege beigelegt werden müssen. Schließlich ist durch den Kelloggpaakt der Krieg geächtet worden. Ohne Zweifel muß der nächste Schritt eine durchgreifende Herabsetzung der Rüstungen sein. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn alle Arten und Gattungen der Rüstungen gleichmäßig herangezogen werden. Der Friede kann nur durch eine allgemeine Abrüstung wirksam gesichert werden. Der Krieg wird verschwinden, wenn die Regierungen der Völker es nur wollen. Die Regierungen werden wollen, wenn die Völker sie dazu zwingen.

Unmögliche Gerüchte

In der Presse lauten wieder Gerüchte auf über eine von der Regierung beabsichtigte Devaluation durch Herabsetzung der Zahlungsmittel.

Von ununterrichteter Seite erfahren wir hierzu, daß derartige Pläne von keiner verantwortlichen Stelle auch nur erwogen worden sind. Die öffentliche Erörterung der an sich ganz unmöglichen Gerüchte ist nur dazu geeignet, eine schädliche Wirkung hervorzurufen.